

Adressenident

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug - Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto - Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend - Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 26. Oktober 1932

Nummer 86

„Frontwechsel“ und Widersprüche von Pyrmont

II.

Die in Nr. 83 begonnene und von vornherein nur in homöopathischen Dosen beabsichtigte Auflockerung des „Frontwechsels“ und der Widersprüche von Pyrmont ist durch die inzwischen nochmals erforderlich gewordene gewerkschaftliche Abwehr der versäufungs-widrigen Unterminderung des kollektiven Tarifvertragsrechts durch die Verordnungen vom 5. September und 3. Oktober d. J. unterbrochen worden. Wir glauben aber unsere Leser nicht besonders um Entschuldigung bitten zu sollen, weil wir ihre Geduld bezüglich der Fortsetzung unserer Beleuchtung des Verlaufs und der Ergebnisse der diesjährigen Hauptversammlung des Deutschen Buchdrucker-Vereins etwas länger als uns selbst angenehm war, in Anspruch nehmen mußten. Denn mit je mehr Bewegungsfreiheit und Überlegungsfreiheit, auch für die Leser, die Pyrmonters Heilslehren beurteilt werden können, desto eindrucksvoller werden sie für die Zukunft bleiben.

Inzwischen mehrfach und von verschiedenen Orten bei uns eingegangene Hinweise darauf, daß wir im ersten Artikel vergebens hätten, die auffallend starke Beteiligung an dieser Heerschau der deutschen Buchdruckereibesitzer im Schatten der Palmen von Pyrmont darauf zurückzuführen, daß die Kostendeckung dafür von der Mehrzahl der Teilnehmer wohl in der Hauptsache aus den in diesem Jahr der Arbeiterschaft vorerhaltenen Urlaubsgeldern bestritten werden konnte, möchten wir wie folgt beantworten: Diesen sozusagen in der Luft liegenden Gedanken hatten wir im ersten Kapitel ebenfalls schon zu Papier gebracht, aber nachträglich wieder gestrichen, da uns nicht unbekannt geblieben war, daß auch eine Reihe von Prinzipalen in Pyrmont mitgenommen war, die von dieser ungerächten Schlichterpende keinen Gebrauch gemacht haben, weil sie sich auf solche Weise weder bereichern, noch ihr persönliches Verständnis für die wirtschaftliche Lage ihrer Mitarbeiter in den Betrieben diskreditieren lassen wollten. Außer dieser Ergänzung ist bezüglich des ersten Kapitels eine Richtigstellung insofern erforderlich, als uns inzwischen davon Mitteilung gemacht wurde, daß der „Woffst“, den wir als hamaleon-artigen Mitarbeiter der „Zeitschrift“ in Nr. 83 aus seinem eignen Vortrags in Nr. 71 des Prinzpalpsorgans so getauft haben, doch nicht ganz identisch ist mit jenem Kämpfer vom Ostseestrand, der unsern Lesern schon früher unter dem Pseudonym „Diogenes“ oder „Eckard“ als Ketter des prinzipalseitigen Kapitels vorgestellt werden konnte. Es handelt sich hier bei um keine persönliche Identität, sondern nur um eine auffällige Geistesverwandtschaft von zwei verschiedenen „Frontkämpfern“ des Deutschen Buchdrucker-Vereins, die man ohne allzu große Phantasie neben dem gelehrten Unterseebootstommandanten von Göttingen als gleiche Brüder mit gleichen Kappen ansetzen lassen könnte; wobei „Diogenes“ und „Eckard“ zwar auf gleichen Sohlen am Ostseestrand herumlaufen, während „Schm. Kö.“ sich durch diesen flammenden Zwilling in seiner Heimat nur nicht den Rang ablaufen lassen möchte.

Gehen wir nun nach dieser nicht ganz einfachen Kommentierung des literarischen Hoffalensbers der „Zeitschrift“ wieder zum Pyrmont, „Frontwechsel“ und seinen Widersprüchen über, so wäre zunächst hinsichtlich der letzteren das in Pyrmont von Professor Dr. Harms gehaltene Referat über „Planwirtschaft“ und „Sinnhafte Volkswirtschaftspolitik“ eine fast erschöpfliche Fundgrube für den Nachweis, daß die heutige zerrüttete Weltwirtschaft nur die Frucht planloser privatkapitalistischer Willkür und profitgieriger gegenseitiger Konkurrenz auch in unserem

Gewerbe ist. Zwar versuchte der Herr Professor mit einem respektablen Aufwand von geistigem Wissen die eigentliche Wurzel der heutigen Zustände im nationalen wie internationalen Wirtschaftsleben stark zu vertuschen, mußte aber trotzdem zugeben, daß die schönste liberalistische Wirtschaftstheorie in der heutigen Zeit durch sozialistische Erkenntnisse und Grundsätze so stark bedrängt ist, daß sie in der sinnlosen Praxis des wirtschaftlichen Lebens und Treibens unserer Tage nur noch schlingelartige aber keine reale Bedeutung mehr haben kann. Er mußte nämlich selbst folgenden feststellen:

In geradem Gegenteil zur Vorkriegszeit steht heute die gewaltige Mehrheit des deutschen Volkes mindestens gefühlsmäßig auf dem Standpunkt, daß die Weibehaltung des im 19. Jahrhundert zur Entfaltung und zur Blüte gelangten privatkapitalistischen Wirtschaftssystems für das Deutschland der Gegenwart ein Unglück sei. Halten wir uns an den Ausfall der letzten Reichstagswahlen, so ergibt sich die verblüffende Tatsache, daß mehr als drei Viertel aller Wähler sich zum Sozialismus bekannt haben und fast die gesamten Mittelstufen zu ihm übergegangen sind. Allerdings will dabei beachtet sein, daß es sich von Thälmann bis Hitler um sehr unterschiedliche Vorstellungen von dem handelt, was unter sozialistischer Färbung verstanden werden soll. Sie „marxistisch“, die „nationalistische“ Sozialismus. Und beide in mancherlei Spielart. Einige aber sind sich alle Richtungen darin, daß das privatkapitalistische Wirtschaftssystem mit seinen sozialen und politischen Begleiterscheinungen die wesentliche Ursache der heutigen Not sei und nur ein völliger Umbau der Wirtschaft die große Kräfte, die über uns herein-gebrochen ist, überwinden und ihre Wiederkehr verhindern könne. Masse und auch Individuen sehen den alleinigen Ausweg in der Heranführung einer alles ökonomische Leben in Deutschland umfassenden Planwirtschaft.

Diese Tatsachendestellung ist einwandfrei. Aber es fehlte dem Herrn Professor für den weiteren Teil seines Themas trotz aller wissenschaftlichen Beschlagenheit wohl in erster Linie die soziale Einschätzungsmöglichkeit in die Ursachen und die logische Fundamentierung dieser allgemeinen, wenn auch in Einzelheiten differierenden Ansichten und Forderung, der Massen und auch Individuen“ nach Ersetzung der das heutige soziale und wirtschaftliche Geland begründenden privatkapitalistischen Konkurrenz- und Profitwirtschaft durch eine vernünftigeren planmäßige Wirtschaftsführung. Er versuchte deshalb mit allen Künsten wissenschaftlicher Analytik und Dialektik in ebenso geistreichen wie wirklichkeitsfremden Darlegungen, die Unmöglichkeit einer vernünftigen Planwirtschaft nachzuweisen. Den größten Hemmschuh für eine solche erblickt er in folgender Erkenntnis:

Der deutsche Wirtschaftsmensch holt in der Regel nur dann das Letzte aus sich heraus, wenn er es im Interesse seiner selbst oder doch seines Wirkungsberreiches tut und die Anstrengung mit dem Ertrag in Wechselwirkung steht. Auch seine Berufstugende ist an Erfolg gebunden. Dies gilt für den Bauer wie für den Handwerker, für den Industriellen wie für den Arbeiter. Wenn der theoretische Sozialismus behauptet, daß es für den Arbeiter nur dann zureife, wenn er einem kapitalistischen Grundbesitzer leiste, nicht aber, wenn er das Bewußtsein habe, in gemeinwirtschaftlichen Betrieben tätig zu sein, so ist das zwar für sozialistische Theorie eine unerlässliche Prämisse — aber dennoch Illusion. Man braucht nur auf die Erfahrung zu verweisen, daß auch gemeinwirtschaftliche Betriebe mit dem Akkordlohn weiter zu kommen pflegen als mit dem Stundenlohn, und daß selbst in den Betrieben der Sowjetunion längst der Leistungslohn eingeführt ist.

Die Wahrheit des ersten Satzes erkennen wir nicht nur für den „deutschen“ Wirtschaftsmenschen, sondern für alle Menschen aller Zonen und Zeiten an. Aber ebenso der Wahrheit entsprechend ist es auch, daß die heutige Feindschaft der großen Massen gegen die privatkapitalistische Profitwirtschaft in der Tatsache ihre Wurzel hat, daß von einer Übereinstimmung der Anstrengungen der Arbeiterschaft und der Angestellten mit ihren Lohn- und Gehaltsverhältnissen heute gar keine Rede mehr sein kann, sondern die Erträgnisse dieser Anstrengungen durch die privatkapitalistische Wirtschaftsführung besonders in den beiden letzten Jahrzehnten in geradezu frevelhafter Weise verschleudert worden sind. Diese Todsünde der privatkapitalistischen Wirtschaftsführung kann auch durch den Hinweis auf Akkordarbeit in „gemeinwirtschaftlichen“ Betrieben, die es in richtigem sozialistischen Sinn heute noch gar nicht gibt, nicht abgeschwächt werden. Denn auch hier ist die Akkordarbeit nur ein bescheidener Schutz gegen Ausbeutung der Arbeitskraft des einzelnen; auch im heutigen staatskapitalistischen Rußland! Der ungeheure soziale und wirtschaftliche Widerspruch der heutigen Wirtschaftsordnung, der darin besteht, daß für die Besitzer der Produktionsmittel möglichst unbeschränkte Handlungs- und Wirtschaftsfreiheit gefordert wird, dem Arbeiter und Angestellten aber unbedingte persönliche wie wirtschaftliche Unterordnung, Abhängigkeit, ja Sklaverei für die ganze Zeit seines Lebens zugemutet wird, stand außerhalb dieser wissenschaftlichen Untersuchung „sinnhafter Wirtschaftspolitik“. Zwar versuchte der Herr Professor, seine Ablehnung der von den großen Massen geforderten Planwirtschaft auf nationaler wie internationaler Basis weniger mit eignen als mit glänzender schillernden Gedanken des vor 200 Jahren modern gewordenen englischen Wirtschaftsphilosophen Adam Smith zu untermauern. Er konnte aber trotz dem zum Schluß keinen andern Weg als den des fatalistischen Forttäumelns auf der gegenwärtigen Verelendungsbahn bis zur Gegenwirkung ökonomischer Triebkräfte aber wohl oder übel gerade nach marxistischen Grundfragen auf eine Art internationaler wie nationaler Planwirtschaft hinwirken, ist für jeden aufmerksamen Beobachter neuerzeitlicher volks- und weltwirtschaftlicher Vorgänge unschwer zu erkennen. Nur in Bad Pyrmont war das selbst von wissenschaftlichen Gesichtspunkten sehr schwer verständlich zu machen, wenn nicht die ganze Tagung den ihr von ihren Veranstaltern zugeordneten Zweck versehen sollte. Es geschah daher dem Herrn Professor nicht ganz unrecht, daß ihm vom Vorstehenden nur bestätigt wurde, „daß für die Zuhörer und das gesamte Buchdruckergewerbe von ganz besonderem Interesse die Feststellung Prof. Dr. Harms' sei, daß wir vor einem Aufschwung der Konjunktur der Weltwirtschaft ständen“. Hätte er den Herren im Pyrmont die Wahrheit etwas deutlicher gesagt, und nicht so zurückhaltend und unschreibend, es wäre wahrscheinlich doch etwas mehr als der Eindruck übriggeblieben, daß er nur einen Aufschwung der Konjunktur der Weltwirtschaft prophezeit habe. So blieb diese große geistige Anstrengung infolge ihrer wohltemperierten Anpassung an ihr Auditorium leider nur eine feierliche Einleitung zu dem sogenannten „Frontwechsel“, der in Wirklichkeit zwar keiner war, sondern nur einer sein sollte, weil mit viel mehr Worten als früher noch weit weniger über das gesagt wurde, was dem Gewerbe wirklich zum Nutzen dienen könnte. Von der Erkenntnis, daß eine „sinnhafte Volkswirtschaftspolitik“ weder von Herren noch Knechten, sondern nur von gleichberechtigten Mitarbeitern und Volksgenossen aufgebaut und erhalten werden kann, war nach wie vor kein Hauch zu merken.

Planlösung oder Scheinlösung

Nach Behauptung der liberalistischen Anhänger der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung wälte auch in dem so oder so planlos beschuldigten Kapitalismus ein Plan, der zwar nicht bewußten menschlichen Handlungen entspringe, der sich jedoch gleichsam hinter den Rücken der Menschen verwickelt: dieser geheimnisvolle Plan bestche in der Selbststeuerung des kapitalistischen Marktes. Man kann darüber streiten, ob die Selbststeuerung der Wirtschaft durch den kapitalistischen Markt als Plan oder als Anarchie bezeichnet werden soll. Ob Plan, ob Anarchie, für jeden Fall verdient eine Wirtschaft, in der ein „Plan“ sich nur durch die gewaltigen Erschütterungen der Wirtschaftskrisen, die immer schärfer werden und immer länger dauern, verwirklichen kann, zum Teufel gejagt zu werden. Insofern ist es unfreiwillig ein Mißbrauch des Wortes, hier überhaupt von Plan zu reden.

Diesem falschen „Plan“ steht der sozialistische Wirtschaftsplan gegenüber, ein durchdachtes System der Wirtschaftsführung, das die beste Entfaltung der Produktivkräfte, die gerechteste Verteilung des Produktionsertrags und die Selbstverwaltung der Arbeiter sichern soll. Da jedoch ein sozialistischer Wirtschaftsplan sowohl wegen der politischen Machtverhältnisse wie wegen des vorhandenen Fortschritts der Wirtschaft nicht von heute auf morgen verwirklicht werden kann, müßten die Anhänger der sozialistischen Planwirtschaft zunächst einen Übergangsplan aufstellen, einen Plan zum schrittweisen Umbau der Wirtschaft. Dieser Umbauplan wurde in dem an dieser Stelle schon in Nr. 68 vom 27. August d. J. veröffentlichten Programm der freien Gewerkschaften bis in seine Einzelheiten ausgearbeitet. Ein solcher Umbauplan muß zwei Forderungen genügen. Einmal muß er die sozialistische Planwirtschaft der Zukunft vorbereiten. Zum andern muß er die Produktivkräfte der Wirtschaft schon heute auf eine möglichst hohe Ebene fördern. Die sozialistische Wirtschaft kann nicht erst nach der Zerstörung der gegenwärtigen Wirtschaftsgrundlagen auf einem Trümmerhaufen neu aufgebaut, vielmehr müssen die Bedingungen des Aufbaues so günstig als möglich gestaltet werden. Die Lebensinteressen der von der Wirtschaftskrise in ihrer Existenz betroffenen Arbeiterbevölkerung verlangen ebenso dringend nach einem solchen Plan. Daher ist das hervorragende Merkmal des frei-gewerkschaftlichen Umbauplans, daß er bereits für heute eine wesentliche Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse verspricht. Der Plan will nicht Fesseln anlegen und zerstören, er will vielmehr entfehlen und aufbauen. Das Wohl und Überleben soll aus dem Weg geräumt, an seine Stelle Lebensdienliches und Entwicklungsfähiges gesetzt werden.

Unsere Gegner, Vertreter der kapitalistischen Wirtschaft und Vertreter auch von Schichten mit der „sozialistischen Sehnsucht“, treten Tag für Tag, wenn auch nicht mit einem Gesamtplan, so doch mit Plänen und Plänkchen auf, die staatliche Eingriffe in die Wirtschaft fordern, sind darüber ungehalten, daß wir diesen Plänen unsere Zustimmung verweigern. Was seid ihr für Planwirtschaftler, hören wir, wenn ihr Wirtschaftsfreiheit den staatlichen Eingriffen, den Bindungen, die wir der Wirtschaft auferlegen wollen, vorzieht? Sie möchten mit einem ungehinderten Kunstgriff Verwirrung in unsere Reihen bringen. Da Planwirtschaft selbstverständlich staatliche Eingriffe nötig macht, möchte man uns jetzt einreden, daß daher ein jeder staatliche Eingriff schon Planwirtschaft sei. Das ist freilich Unfug. Staatliche Eingriffe in die Wirtschaftsfreiheit können unter Umständen nichts anderes bedeuten als unerwünschte Subventionen für einzelne Interessentengruppen auf Kosten der andern und zum Schaden der Volkswirtschaft. Auch sonst können staatliche Eingriffe, ohne einem volkswirtschaftlichen Gesamtplan zu dienen oder sich in einen solchen einzufügen, nur wirtschaftsfördernd sein.

Wir bekämpfen die Autarkiebestrebungen, weil wir wissen, daß die Autarkie Hunger und Elend bedeutet, den Export tötet und die Arbeitslosigkeit ansteigen läßt. Wir wissen, daß die deutsche Autarkiebewegung in Wirklichkeit den Bestrebungen zur Begünstigung der Großagrarier entspringt. Auf der Dresdener Tagung des Vereins für Sozialpolitik bekämpfte daher der sozialistische Referent Emil Wederer mit großem Erfolg die Autarkiebestrebungen. Ihm wurde nun sehr zu Unrecht vorgeworfen, daß er als Sozialist eine planwirtschaftliche Regelung des Außenhandels ablehne. Ja, auch die liberalen Gegner der Autarkie frohlockten darüber, daß ein sozialistischer Planwirtschaftler die liberalen Ideen der Wirtschaftsfreiheit vertreten mußte. Das zeugt von einer völligen Verwirrung der Begriffe. Nach welchen Grundrissen sich ein sozialistischer Wirtschaftspolitiker richten muß, haben wir eingangs geschildert. Die Autarkiebewegung befolgt die entgegengesetzten Grundrisse. Sie zerstört und baut nichts auf. Gewiß verlangen auch wir die staatliche Regelung des Außenhandels, ja, wir möchten zum staatlichen Außenhandelsmonopol gelangen. Als Werkzeug der Abschöpfung im einseitigen Interesse einer dünnen Bevölkerungsschicht möchten wir jedoch diese Einrichtung nicht mißbraucht sehen. Würde ein Außenhandelsmonopol eingeführt, so wäre es im gegenwärtigen Augenblick gewiß ein Geschenk von zweifelhaftem Wert.

Mit derselben abschenden Kritik stehen wir den Maßnahmen gegenüber, die die endgültige Lösung der Währungsfrage vom Gold und die Errichtung einer geregelten Papierwährung zum Ziel haben. Nebenbei gesagt, gehört die Goldwährung zu den ganz wenigen planvollen Einrichtungen, die der Kapitalismus aufzuweisen hat, da

sie ein internationales Bindeglied zwischen den verschiedenen Volkswirtschaften ist. In der Theorie gibt es wohl auch bessere Währungssysteme als die Goldwährung. Wir wissen jedoch, daß für die Schaffung einer Papierwährung, die die Vorteile der Goldwährung ohne deren Nachteile besitzt, die Voraussetzungen heute hundertprozentig fehlen und, worauf es hier ankommt, wir wissen, daß die Währungspläne, die in Deutschland heute im Umlauf sind, mit einer Verbesserung der Währung nichts zu tun haben. Vielmehr sind diese Pläne, in welcher Gestalt immer sie aufzutreten mögen, reine Inflationspläne, die uns die Katastrophe der Inflation noch einmal beschleunigen würden. Unsere Vorstellungen über Planwirtschaft haben mit der Zerstörung der Währung nichts gemein. Dergleichen beurteilen wir mit scharfer Kritik die Eingriffe in den Zins und die Schuldenabwertung. Wenngleich wir von der Notwendigkeit der Erleichterung der heute unerträglichen Schuldenlast überzeugt sind, so sehen wir klar auch die zerstörende Wirkung von unüberlegten Eingriffen in die Schuldenverhältnisse und suchen daher nach Wegen, die die Schuldenlast ohne solche Wirkungen zu erleichtern vermöchten.

Wie hoch sich, gemessen an den Maßstäben, die wir für eine wirkliche Planwirtschaft aufstellen, die nationalsozialistischen Wirtschaftspläne erweisen, zeigt sich in den zahllosen Widersprüchen und der kaum zu überbietenden Unsicherheit dieser Pläne. Jeden Augenblick kann man darauf gefaßt sein, daß ein wichtiger Programmpunkt des Wirtschaftsplanes, wenn er diesen Namen überhaupt verdient, umgefallen und das Gegenteil davon gefordert wird. Man kann sich nicht mehr wundern, wenn z. B. im „Völkischen Beobachter“ auf der einen Seite des Mattes das Kontingentsystem aufs wärmste befürwortet und dem Bedauern Ausdruck gegeben wird, daß es nicht noch viel stärker angewendet wurde, und auf einer andern Seite der Regierung vorgeworfen wird, sie habe durch die Einführung des Kontingentsystems den deutschen Industrieexport auf das empfindlichste geschädigt. Der nationalsozialistische Traum über die Bredung der Zinsnechenschaft ist, will man den neuen Programmentwürfen glauben, endgültig ausgeträumt. Was noch da an Plänen übrigbleibt, sind allein unausgereifte Inflationspläne, die heute in dieser, morgen in einer andern Gestalt erscheinen.

Was soll man aber von dem Wirtschaftsplan der Regierung halten? Der Anturnungsplan von Papen ist wegen der in ihn eingebauten Lohnsenkung ein schlechter Plan. Immerhin konnte er als ein Plan bezeichnet werden, wenn er auch freilich mit dem so dringenden Umbau der Wirtschaft nichts zu tun hat. Als aber die Regierung den Weg der Kontingentierung der Einfuhr eingeschlagen und damit die Ausfuhr unterbunden hat, zerfällt sie mit der einen Hand, was sie mit der andern aufbauen wollte. Sie verpackt, den Arbeitsmarkt mit Hilfe ihres Planes anzuturben, und gleich nachher kündigte sie Maßnahmen an, die die Arbeitslosigkeit stark erhöhen müssen. Wer da noch von einem Plan redet, den kann man wohl über die richtige Verwendung dieses Begriffs nicht belehren.

Anzuverlässige Wirtschaftsführung

Wir erleben gegenwärtig in Deutschland so große wirtschaftliche Zusammenbrüche mit nachfolgenden grausamen gerichtlichen Aufklärungsprozessen, daß Staat und Volk, ganz besonders aber die Wirtschaft selbst, sich dieser betrübenden Erscheinungen wegen tief zu schämen hätte. Wenn ein großes Unternehmen in harten Zeiten schließlichs zusammenbricht, nachdem es alles versucht hat, um die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Hemmnisse zu überwinden, so ist das schlimm für die Unternehmung und darüber hinaus für die Gesamtwirtschaft und den Staat; aber einen Grund zu Vorwürfen darf niemand daraus herleiten. Wenn nun aber ein Großunternehmen zusammenbricht, weil es falsch geleitet oder unehrenhaft verwalktet worden ist oder auch nur leichtfertig und unvorsichtig, dann ist das etwas, was zu allen Zeiten schärfste Unteruchung und Sühne verdient. Und wenn die Zeiten für ein Volk hart und schwer sind, dann sind solche Erscheinungen um so verhängnisvoller und deshalb um so rückwärtslos aufzuklären und zu verurteilen. Wirtschaft ist längst etwas geworden, was die Volksgemeinschaft als ihre gemeinsame Angelegenheit betrachten muß. Infolgedessen muß sie fordern, daß sich alles Wirtschaftsgeschehen nach wirtschaftszweckmäßigen Grundrissen abwickelt und daß der leitende Gedanke überall die größtmögliche Förderung des Wohls aller ist. Und ganz selbstverständlich muß es sein, daß Unfähigkeit und erst recht Unehrenhaftigkeit rückwärtslos aus der Wirtschaft ausgesondert oder doch an Plätze gestellt werden, wo sie nichts mehr verderben können. Wenn die Wirtschaft darauf drängt, sich große Selbständigkeit zu erhalten, dann darf die Volksgemeinschaft — besonders der Lohn oder Gehalt empfangende Teil der Volksgemeinschaft — erwarten, daß sie selbst nichts unversucht läßt, um alles Wirtschaftswollen und Wirtschaftstun auf die größtmögliche Leistung und die größte und sicherste Zuverlässigkeit und Ehrenhaftigkeit einzustellen. Weder kann von den leitenden Kräften in der Wirtschaft nicht gesagt werden, daß sie diese ihre Aufgabe stets voll erkannt und erfüllt haben.

Von dem, was in der privaten Wirtschaft fehlerhaft ist und was hier verkehrt gemacht wird, dringt wenig in die Öffentlichkeit. Um so ernster sind die durch gerichtliche Verhandlungen bekannt werdenden Fälle zu nehmen, wie ihrer in letzter Zeit mehrere vorgekommen sind. Die Frankfurter Allgemeine Versicherungs-Aktien-Gesellschaft (Favag) mußte ihre Geschäftsgebaren auf dem Weg

über das Gericht der Öffentlichkeit preisgeben. Es wäre eigentlich wohl angebracht, auf verschiedene Einzelheiten der Feststellungen des Gerichts näher einzugehen, wenn es nicht zu weit führen würde. Die Favag hat viele Wirtschaftsunternehmungen mit zu Boden gerissen als sie plündernd zusammenbrach. Die Voruntersuchung des Gerichts hat zwei Jahre erfordert, so viel gab es aufzuheulen. Es ist leider berechtigt, wenn die Presse heute von einem wilden, gewissenlosen Wirtschaftshänkenum spricht, wenn die Mächtigkeiten der Favag erörtert werden. Ein Blatt schreibt: „Es wurde ein skrupelloses Großverdienertum aufgedeckt. Obwohl die leitenden Direktoren 150 000 bis 200 000 M. Jahreseinkommen bezogen, wurde doch noch jede Gelegenheit benützt, sich gegenseitig Vorteile zu verschaffen. Für angebliche Mehrleistungen wurden riesenhafte Summen vergütet. Geheim- und Verschleierrungskonten waren an der Tagesordnung; sie dienten dazu, den Einblick in die Verhältnisse der Gesellschaft und ihrer Tochtergesellschaften zu erschweren. Mit den Mitteln der Gesellschaft wurde spekuliert. Die Gewinne flossen in die Taschen der Direktoren, die Verluste trug die Gesellschaft. Die Bilanzen waren seit Jahren falsch; es wurde ein Vermögensstand ausgewiesen, der nicht vorhanden war. Mitverantwortlich für die Aufsichtsrat, dessen Vorsitzender von gerabegu ungläubiger Unfähigkeit war. Er hatte seinen Posten gewissermaßen von seinen Vätern geerbt. Er unterließ alles bedenkenlos. Er machte nicht den leisesten Versuch, in die Geschäfte, Aufstellungen, Berechnungen, die Bewilligungen ohne Sinn und Zweck einzudringen. Er war immer bereit, dem halben Dutzend Direktoren jeden geleisteten Fehler nachzusehen. Die Verhandlungen haben einen erschreckenden Mangel an Ehrbarkeit und kaufmännischem Anstand offenbart. Die sechs Angeklagten wußten nicht das geringste von innerer Sauberkeit, Moral und Ethik, um so mehr aber von Eignung, Gewinnsucht und Betrug. Die Strafen können ausfallen, wie sie wollen, sie werden geringer sein, als die Angeklagten sie verdienen.“

Diesen Ausführungen braucht nichts hinzugefügt werden, ihre Wirkung könnte dadurch nur abgeschwächt werden. Aber es wäre zu wünschen, daß recht viele Volksteile allmählich mehr über solche Erscheinungen erfahren. Überall herrscht noch eine viel zu große Sorglosigkeit in wirtschaftlichen Dingen. Das Gefühl, sich für verhängnisvoll wirkende Wirtschaftsverfehlungen und Wirtschaftsmißverrichtungen als Staatsbürger mitverantwortlich zu fühlen, ist kaum erst in den Anfängen vorhanden. Und noch mußte, besonders seit Kriegsende, die Allgemeinheit ungefähre Milliarden Mark für die Erhaltung und Stärkung vieler Wirtschaftsbetriebe und ganzer Wirtschaftsgebiete aufwenden. Nie zuvor wurde der allgemeine nationale Charakter alles Wirtschaftstuns so deutlich als in der letzten Zeit.

Sehr hoch anzuerkennen ist die offene, gerade Art, wie der Erste Staatsanwalt in seinem Schlusswort die Favag-angelegenheit behandelte: „Weil wir es bei den Angeklagten mit Persönlichkeiten zu tun haben, die kraft ihrer Stellung, ihrer Kenntnisse und Vorbildung und des bei ihnen eigentlich vorauszuiehenden Verantwortungsbewußtseins eine Führerrolle in Wirtschaftsleben hätten einnehmen sollen, muß die gegen sie ausgesprochene Strafe eine wirkliche Sühne ihrer schweren Verfehlungen darstellen, die auf rein eigennützige Beweggründe zurückzuführen sind. Denn wahres Führertum bedeutet, auch auf dem Gebiet des Wirtschaftslebens, nicht nur befehlen und zielloses Schalten, nicht skrupellose Ausnutzung einer Machtposition zu rein persönlichem Vorteil. Es bedeutet vielmehr das Vorleben eines Beispiels, das unter Anlegung strengster Selbstzucht und Selbstkritik jederzeit für Ehrbarkeit und kaufmännischen Anstand eintritt... Nichts würde niederdrückender sein, als wenn aus Anlaß dieses Prozesses auch nur der äußere Eindruck entstehen könnte, als ob die Vernehmung des keinen Angeklagten, der sich aus Not oder meinetwegen auch aus Leichtsinne vergangen hat, mit andern Maßstab gemessen werde, als die Straftaten von Vorstandsmitgliedern einer Aktiengesellschaft, denen es zwar an der erforderlichen Kontrolle durch den Aufsichtsrat gefehlt hat, die sich aber gerade diesen Umständen zunutze gemacht haben.“

An anderer Stelle heißt es dann in diesem verständnisvollen Schlusswort wieder so: „Die Freiheit des Wirtens, die, wenn sie recht genutzt wird, schließlich hinaufführt zu dem Wunschbild des wahrhaft „königlichen Kaufmanns“, kann nur erworben werden durch ein strenges Verantwortungsgesühl gegenüber dem Volksganzen, durch das Bewußtsein dafür, daß Wirtschaft nicht Selbstzweck ist und sein darf, sondern letzten Endes dem gemeinen Wohl dienen soll. Das so häufig und manchmal an falschen Ort gebrauchte Wort vom „Wiederaufbau“ wird in unserm Wirtschaftseben erst dann seinen wahren Sinn erhalten, wenn in allen Zweigen Moral und Ethik wieder zu einer immanenten Größe geworden sind. Fichte sagt: Wir wollen Freiheit, aber der Weg zur Freiheit führt nur durch das Tor der Gesetzmäßigkeit.“

Zum Schluss erkläre der Erste Staatsanwalt dann in seiner zusammenfassenden Begründung der Schuld der Leiter der Favag, daß nicht aus allen Fehlschlüssen in der Wirtschaft mit nachfolgenden Verlusten ein Vorwurf gegen die Geschäftsführer hergeleitet werden könne. Es dürften aber nicht eigene Interessen denen einer Gesellschaft „vorgezogen“ werden. Eine Gesellschaft dürfe nicht als ein Objekt benutzt werden, mit dem sich „ein mehr oder minder organisierter Raubzug“ betreiben lassen lasse. All dieses sei „eine mißbräuchliche Ausnutzung eines falsch verstandenen Freiheitsbegriffs, der keine Pflichten, keine Verantwortung und keine Moral kenne. Dies sei verwerflich, widerrechtlich und ungesetzlich.“

Was hier ein Staatsanwalt in seiner Eigenschaft als Beamter sagt, der das Recht zu fügen und zu schüßen hat, wiegt besonders schwer; denn dieser Beamte steht unter seinem Dienstfeld. Es ist doch noch etwas ganz andres, wenn ein Politiker oder auch ein Wissenschaftler daselbe vorbringt, wie es ja seit Jahren mehrfach vorgekommen ist. Leider sind diese äußerst ernst zu nehmenden Stimmen zu wenig in die breite Öffentlichkeit eingedrungen. Die Wirtschaft hat eine gewaltige Macht, auch in Preßsachen. Infolgedessen gibt es immer noch sehr große Volksteile, die nichts davon ahnen und auch nichts davon wissen wollen, daß die heutige Wirtschaft „kapitalistische Entartungen“ zeigt, wie es ein ehemaliger Minister ausdrückte, die die Regierung verpflichtet, wirtschaftliche Reformen durchzuführen. Ohne solche Reformen werde selbst bei Wiederangakommen der Wirtschaft nach kurzer Zeit eine neue Katastrophe herauszujehen. Gerade in Deutschland ist die wirtschaftliche Erkenntnis noch sehr ungenügend. A. S.

Nicht gleichgültig werden!

Wo man geht und steht, daheim, auf der Straße, in der Bahn, im Geschäft, auf dem Arbeitsamt, überall, wo Menschen zusammenkommen, gibt es heute nur einen Gesprächsstoff: die schlechte Zeit. Sie ist das Problem, das jeden bewegt, jung und alt, Männer und Frauen, Erwerbstätige und Arbeitslose.

„Oft hört man dann von diesem oder jenem aus Mangel solcher Gespräche die resignierten Worte: „Mir ist alles egal, gehe es wie es will. Man ändert doch nichts daran!“

Zugegeben, daß die gegenwärtigen Verhältnisse, unter denen wir unser Leben fristen, nur zu sehr dazu angetan sind, mutlos zu machen, so müssen wir uns dennoch mit allen Kräften dagegen wehren, gleichgültig zu werden! Wenn wir es tun, wenn wir uns kampfslos dem harten Gescheh beugen, das uns der Zerfall der kapitalistischen Wirtschaft beherrscht hat, so geben wir jenen die letzten Trümmer in die Hand, die unermüßlich daran arbeiten, uns wehr- und rechtslos zu machen.

Das Leben der Schaffenden war schon immer Kampf gegen die Unterdrückungs- und Ausbeutungselüste des unerfäßlichen Unternehmertums. Niemals gab es wirklichen Frieden zwischen Arbeit und Kapital. Zu tief ist die Kluft, die diese beiden Mächte trennt, als daß sie jemals durch gegenseitiges Verständnis überbrückt werden könnte. Auf der einen Seite der Arbeiter: arm, geknechtet und ausgebeutet bis zum äußersten. Auf der andern Seite der Unternehmer: profitgierig, herrschsüchtig und brutal im Launen seiner Macht.

So war es vor fünfzig Jahren, so ist es heute! Noch niemals haben die kapitalistischen Wirtschaftsgewaltigen der Masse des werktätigen Volkes die Kluft gedehnt. Mit wenigen Ausnahmen haben die Unternehmer in ihren Fabriken und Angestellten bloß Objekte der Ausbeutung, mit denen man leicht und mühelos Geld machen konnte. Sozialistische Ideen, Sinn für Gemeinschaftsarbeit, hatten keinen Raum in den Köpfen dieser „Arbeitgeber“, die sich bei Streiks und Ausperrungen keinen Moment scheuten, Polizei gegen ihre Arbeiter — die bloß mitfassen, die Werte und Bestrebungen herabzuziehen — einzusetzen. Und wie war es in den letzten Jahren? Millionen Werttätige wurden brutal auf die Straße geworfen nach dem Motto: „Der Wofch hat seine Schuldigkeit getan, er kann gehen!“ Wo immer bei den

Unternehmern und Kapitalisten es galt, die eigne Haut zu retten, mußte der Arbeiter die Zehne zahlen.

Soll das in Ewigkeit so weitergehen? Nein! Einmal muß und wird sich das ändern. Aber das eine hierzu ist Voraussetzung: daß wir uns alle geschlossen unter das Banner des Sozialismus scharen, daß wir nicht gleichgültig werden, sondern im Bewußtsein unsrer vereinten Kraft die Wege bahnen und ebenen zum Aufstieg der Arbeiterschaft, zum Wohl der gesamten schaffenden Menschheit!

Geo Steeg.

Geburthshelfer der Reaktion

Zweifellos: die Schuld des Nationalsozialismus für die soziale und politische Entrechtung des Volkes ist sonnenklar. „Die Entstehung des Kabinetts Papen wäre nicht möglich gewesen, wenn die NSDAP. alsbald maximalistische Forderungen und im Fall ihrer Ablehnung härteste Opposition angekündigt hätte. Das war nicht der Fall. Im Gegenteil.“ So urteilte „Der Ring“, das Organ des Herrentclubs, nach dem Regierungswechsel, am 3. Juni 1932. Nein, die Nationalsozialisten stellten weder Höchstforderungen an die neuen Herren, noch kündigten sie ihnen nach der Regierungsübernahme Opposition an. Warum sollten sie auch, waren sich doch die Herren der Braunen Häuser in jenen Tagen darüber klar — wie damals der „Völkische Beobachter“ triumphierend verkündete —, daß „der Zentrumsgelehrte (Brüning) verschwindet, der blutvolle Führer Adolf Hitler an seine Stelle treten wird.“ Zunächst mußte sich der „blutvolle“ Führer freilich noch gedulden, das heißt, er war genötigt, das Papenkabinett zu bilden. So schlugten denn die Nationalsozialisten die Verordnungen der Papenhäuser Doktor-Eisenbart-Kur samt und sonders, von der Salzsteuer angefangen bis zum Sozialabbau. Was galt den Nationalsozialisten das Wohl des Volkes, wo ihnen die Stunde gekommen schien, da das Dritte Reich nicht mehr umhin könne, ein bißchen anzubrechen.

Es kam dann anders. Die Nationalsozialisten standen nach dem 13. August wiederum außerhalb dem Bereich der erhofften Anner und Würden; als betrogener Betrüger hatte Hitler den wiederholt verkündigten Beschluß auf die Zukunft, den ihm seine ungeduldig drängende Gefolgschaft präsentiert, erneut nicht einzulösen vermocht. Wehleidig klagend und anklagend zugleich wandten sich die Führer der NSDAP. nunmehr in ohnmächtiger Wut gegen die Lunterregierung, die sie selbst gerufen und ins Amt gesetzt. „Herr von Papen verbandt die Möglichkeit, heute zu regieren, in erster Linie Adolf Hitler, der durch die Schaffung einer fanatisch-nationalen 14-Millionen-Partei dem Reichspräsidenten erst die Möglichkeit gegeben hatte, Herrn von Papen und sein Präsidialkabinett zu berufen“, bekannte das amtliche Gaurogan der Thüringer Nationalsozialisten, „Der Nationalist“, am 30. August 1932. Hier, wie im „Angriff“ des H. Wöbbels, wird die Klage zur Selbstanklage. „Sie legten sich gehässiglich in das Bett, das wir gemacht und legen sich an den Tisch, den wir gedeckt haben.“ Es ist gewiß ein seltener Fall, daß Wöbbels die Wahrheit spricht. Hier hat er ausnahmsweise einmal nicht gelogen. Denn ohne die Hilfe der Nationalsozialistischen Partei hätte die Regierung der Reaktion niemals die Kommandohöhen des Staates zu ersteigen vermocht, wäre der Bestand der sozialen Rechte und politischen Freiheiten des Volkes nicht in Frage gestellt. Aber wäre etwa die Nationalsozialistische Partei a l l e i n stark genug gewesen, die Widerstände zu überwinden, die der Reaktion den Weg zur Macht

verperrten? Es ist zumindest eine offene Frage. Sicherlich bedeutete der ungewöhnliche Aufstieg der nationalsozialistischen Bewegung eine bedeutsame Kräfteverschiebung innerhalb der politischen Fronten zugunsten der Reaktion, doch erst dadurch wurde das politische Kräfteverhältnis zum Mißverhältnis, daß die sozialreaktionäre Front der sogenannten „Nationalen Opposition“ bei all ihren Angriffen wider das System der politischen Demokratie, wider Verfassung und Volksrechte einen stets bereiten Bundesgenossen fand in der kommunistischen Partei.

In dem die KPD. im Zuge ihrer utopisch-radikalen Illusionspolitik systematisch die Energien der Arbeiterschaft zerpfitterte und lähmte, indem sie in gemeinsamer Front mit dem Nationalsozialismus die Grundlagen der politischen Demokratie untergrub, die Selbstregierung des Volkes, Reichstag und Landesparlamente planmäßig entwürdigte und jedes fruchtbringende Arbeiten der Volksvertretungen unmöglich machte, schuf sie mit die Voraussetzungen zu dem für das Proletariat verhängnisvollen innenpolitischen Umschwung, wurde sie mitverantwortlich für den Triumph der sozialen Reaktion. Nicht in ihrem Kampf wider Republik und Verfassung liegt an sich die Schuld der KPD., sondern darin, daß sie diesen Kampf auch dann noch fortführte, als es offensichtlich war, daß nicht sie das Erbe der Republik antreten werde, sondern die schlimmsten Feinde des Proletariats.

Diese für die Arbeiterschaft ungemein verhängnisvolle Kampftaktik der KPD. erwächst in erster Linie aus einer gründlichen Verkennung der politischen Situation durch die führenden Politiker der kommunistischen Bewegung, dann aber auch aus einem unfinnigen Parteiegoismus.

Die Entwicklungslinie der proletarischen Bewegung, wie die politische Bewegung überhaupt, verläuft nicht geradlinig. Sie geht auf und ab. Gerade darum ist die unentwegte, sture Verfolgung eines Zieles oder, wie es die KPD. fordert, des letzten Zieles unfruchtbar und inopportun. Klassenkampf, lehrt die Geschichte, heißt manövrieren, vorrücken, errungene Positionen festigen, dann aber auch, in unglücklichen Momenten planvoll zurückgehen, um Kräfte zu sparen, anstatt sie in aussichtslosen Kraftproben zu vergeuden, die Energien sammeln und organisieren, geduldben die nächsten vorteilhaften Moment abwarten, bis sich der Klassegegner eine Wölfe gibt und ihn dann durch einen kraftvollen Gegenstoß erkispendend zu treffen.

Nun hätte nach der kommunistischen Theorie die Wirtschaftskrise, der Zerfall des privatkapitalistischen Wirtschaftsorganismus der kommunistischen Partei Antrieb verliehen, die Situation im Sinne der Kommunisten reooutionieren müssen. Zweifellos ist die politische Situation gegenwärtig revolutionär, aber — gegenrevolutionär. Denn nicht die proletarischen Bewegungen, der Nationalsozialismus wurde der Kulgürher des aus der Weltwirtschaftskrise erwachsenen Massenlebens, so daß der Kapitalismus, trotz „interner“ Zerfalls, einen mächtigen Gegenstoß gegen das Proletariat, seine Positionen, Freiheiten und Rechte wider die politische Demokratie, in der sie wurzeln, vollziehen konnte. Die Arbeiterschaft wurde in die Verteidigungsstellung gedrängt. Was tat die KPD. in dieser Situation? Sie führte ihre Angriffsaktik weiter. Die Wandlungen im politischen Kräfteverhältnis ignorierend, rief sie unentwegt zum Angriff. Anstatt mit der nicht kommunistischen Arbeiterorganisation zur Verteilung der proletarischen Interessen zu pattieren, bekämpfte sie

Arbeiter-Sängerbund und Buchdrucker- gesangvereine

Die Pflege des Chorgesangs ist im Buchdruckerverband zur Tradition geworden. In einer großen Zahl von Ortsvereinen haben sich die Kollegen zu besonderen Gesangsabteilungen zusammengeschlossen. Der Zweck dieser Vereinigungen bleibet nach wie vor die Pflege der Kollegialität und die Mitwirkung bei Veranstaltungen des Verbandes. Darüber hinaus haben erfreulicherweise viele unfer Kollegengesangvereine den Wunsch an den Arbeiter-Sängerbund vollzogen. Dieser Schritt von der Berufs- zur Klassen-solidarität sollte für jeden unfer Buchdrucker gesangvereine selbstverständlich sein. Die scharfe Formierung des Klassenkampfes durch die heutige Reichsregierung mit Unterstützung der Nationalsozialisten und aller übrigen bürgerlichen Verbände müßte im Lager der Arbeiterwölle Klarheit schaffen. Auch der Teil des Proletariats, der dem Klassenkampfgedanken „neutral“ aus dem Weg gehen will, wird in die klassenpolitischen Aufhebungen unweigerlich hineingerissen. Der Gesellschaftskampf aber wird nicht nur geführt um die Macht im Staat oder um die Sozialisierung der Wirtschaft, sondern um die Veränderung der gesamten Gesellschaft. Zu den Funktionen in der Gesellschaft gehört auch die Kunst. Die Kunst Ausübenden werden daher zur Stellungnahme zur heutigen Gesellschaft gezwungen.

Da die Kunst des Chorgesangs als eine „veredelte Form der Sprache“ gilt, muß auch im Chorgesang jemeits die Sprache der betreffenden Klasse geführt werden. Diese Selbstverständlichkeit verpflichtet zur Klassenscheidung. Es dürfte unfern Kollegengesangvereinen daher durchweg selbstverständlich sein, die Entscheidung zugunsten der proletarischen Chorvereinigung, des Arbeiter-Sängerbundes, zu treffen. Logisch wäre daher der Einbau der Buchdrucker gesangvereine in die jeweils bestehenden Arbeiter gesangvereine, in die Volksgesänge. Unfer Kollegen könnten, wenn sie in derselben Zahl, wie sie jetzt in den besonderen Buchdrucker gesangvereinen singen, in die Ar-

beiter gesangvereine eintreten würden, bei Buchdruckerveranstaltungen als Chorgruppe ebenfalls ihre kollegiale Pflicht erfüllen. Vielleicht wäre es dann sogar möglich, bei solchen Gelegenheiten auch weitere Mitglieder des Arbeiter gesangvereins für die Mitwirkung bei Verbandsfesten zu gewinnen. Selbstverständlich liegen die Verhältnisse in den Orten anders, in denen infolge der Ortsgröße mehrere Arbeiter gesangvereine bestehen. Dort ist die Selbstständigkeit der Buchdrucker gesangvereine angebracht. Aber in den kleineren und mittleren Orten? Dort sehen wir die Arbeiter gesangvereine im schwierigsten Existenzkampf. Daneben bestehen besondere Berufs gesangvereine, die meist auch nicht über eine allzu imponierende Stärke verfügen. Warum wird in solchen Fällen nicht eine gemeinsame Stätte zur Pflege des Chorgesangs geschaffen? Das Problem ist sicher wert, in den betreffenden Orten diskutiert zu werden. Es besteht ja heute in der Arbeiter-Sängerbewegung der Drang zur Kartellierung oder zur Schaffung von Arbeitsgemeinschaften.

Es braucht nicht darüber geredet zu werden, daß die eben gemachten Ausführungen nicht überall Zustimmung in unfern Kollegengesangvereinen finden. Aus diesem Grund wird mit dem Bestehen von besonderen Buchdrucker gesangvereinen auch in den Orten zu rechnen sein, in denen durch die Zusammenlegung Arbeiterchorinteressen erfolgreicher vertreten werden könnten. In diesem Fall ist es begrüßenswert, daß in dem Statut (§ 2) des Nordwestdeutschen Buchdrucker-Sängerbundes gesagt wird:

Den Bundesvereinen wird die Mitgliedschaft im Deutschen Arbeiter-Sängerbund zur Pflicht gemacht. Im Statut der Zentrale der Süddeutschen Buchdrucker-Sängertage sagt darüber der § 4:

Die der Zentrale angeschlossenen Vereine sind gehalten, Mitglied des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes zu sein.

Damit kommt klar zum Ausdruck, daß eine organisatorische Verbindung mit dem Arbeiter-Sängerbund von den Buchdrucker gesangvereinen erwartet wird. Wie weit diese Erwartung von den bestehenden Kollegengesangvereinen er-

füllt wird, kann leider nicht genau festgestellt werden. Sollte es aber Buchdrucker gesangvereine geben, die außerhalb des Arbeiter-Sängerbundes stehen, dann wäre diesem Zustand recht bald ein Ende zu machen.

Der Arbeiter-Sängerbund hat sich eine neue Satzung gegeben. Diese wurde von der Bundesgeneralversammlung in Braunschweig (Juni 1932) gegen eine Stimme angenommen. Damit sind die Satzungen für sämtliche Mitglieder des Arbeiter-Sängerbundes, also auch für unfer Kollegengesangvereine, verpflichtend geworden. In den neuen Satzungen findet sich folgender § 7:

Die dem Bund angehörenden Vereine können nicht gleichzeitig einer weiteren Sängergesangsorganisation angehören. Das gilt auch für die aktiven Vereinsmitglieder. Es ist selbstverständlich, daß unter „weiteren Sängergesangsorganisationen“ nur solche zu verstehen sind, die gegen den Arbeiter-Sängerbund gerichtet sind. In der Hauptsache die bürgerlichen Sängerbünde und der aus der Spaltungsaktion der Kommunisten Pfingsten 1931 gebildete kommunistische Sängerbund „Kampfgemeinschaft“. Nicht unter die Bestimmungen des § 7 fallen die gewerkschaftlichen Gesangsabteilungen. In der Disziplin über den § 7 wurde einmütig zum Ausdruck gebracht, daß die Buchdrucker gesangvereine, wie auch sonstige gewerkschaftliche Berufs gesangvereine, nicht unter die Bestimmung des § 7 fallen sollen. Damit sind die vor Stattfinden der Generalversammlung durch die verschiedenen Funktionäre erhobenen Bedenken beseitigt. Unfer Kollegengesangvereine werden hoffentlich aus dieser Aufgabe die einzig mögliche Schlussfolgerung ziehen: Buchdrucker gesangvereine gehören in den Arbeiter-Sängerbund. Wo aber eigne Buchdrucker gesangvereine nicht existieren, überträgt sich diese Verpflichtung auf die sich für den Chorgesang interessierenden Verbandsmitglieder. Diese werden als Gewerkschafter und damit Klassenkämpfer aus ihrer Gesinnung heraus den Weg zu den bestehenden Arbeiter gesangvereinen finden. Die kommunistische Spaltungsaktion sollte unfern Gewerkschaftsmitgliedern die klassensolidarische Pflicht auferlegen, den Arbeiter-Sängerbund in jeder Beziehung zu unterstützen. Berlin. Karl Kauder.

se, ohne selbst, aus eigener Kraft, die sozialreaktionäre Offensive aufhalten zu können.

Einer der wichtigsten Taktiker der revolutionären Klassenkampfstrategie — revolutionär im Sinne der KPD. —, Leo Trotzki, charakterisierte im Jahr 1921, als er noch neben Lenin die kommunistische Internationale leitete, auf dem 3. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, die Taktik des extremen Flügels der kommunistischen Bewegung, der inzwischen an ihrem unerschütterlichen Revolutionszentrum zugrunde gegangenen kommunistischen Arbeiterpartei, folgenmaßen: "... ein hysterischer Revolutionismus, die Bereitschaft, in jedem beliebigen Moment die extremsten Methoden und Mittel anzuwenden, ohne die Masse und die allgemeine Situation zu berücksichtigen, Ungebundenes statt Berechnung, eine Verworfung durch revolutionäre Phrasen..." Das sind die gleichen Merkmale, die heute der KPD-Taktik das Gepräge geben: hysterischer Revolutionismus, der sich auslebt in utopischen Radikalismus und Scheinrevolutionären Phrasen. Dies erklärt den völligen Mangel an Disziplin in großen Teilen der kommunistischen Gefolgschaft, erklärt die politische Stillosigkeit des kommunistischen Anhangs, ihr Schwanken zwischen den parteipolitischen Extremen. (Es ist ja bekannt, daß sich die Mitglieder der nationalsozialistischen Sturmabteilungen bis zu 30 Proz. aus ehemaligen Angehörigen des Roten Frontkämpfer-Bundes rekrutierten.)

Mit Hilfe dieser Menschen, die jede zielbewußte Politik ablehnen, der geringsten Mahnung zu Besonnenheit und Mäßigung mit Mißtrauen begegnen und als Verrat werten, kann die Führung einer sozialen Bewegung im günstigsten Falle Straßenkrawalle oder färmende Kundgebungen organisieren, aber niemals fruchtbringende politische Leistungen erzielen. Um sie bei der Stange zu halten, ihr Abschwanken in das "radikale" Lager der Nationalsozialisten aufzuhalten, steigerte die KPD ihren unerschütterlichen Radikalismus mehr und mehr, verzichtete sie schließlich völlig "auf den Kampf um die aktuellen, unaufschiebbaren Lebensnotwendigkeiten des Proletariats", den der 3. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale in der Erkenntnis gefordert hatte, daß "es nicht darauf ankommt, dem Proletariat nur die Endziele zuzurufen, sondern darauf, den praktischen Kampf zu steigern, der allein imstande ist, das Proletariat zum Kampfe um die Endziele zu führen." Praktischer Tageskampf, lagen die Thesen des 3. Weltkongresses weiter, heißt Kampf um die Verwirklichung gegenwartsnaher Teilforderungen, und sie weisen die Einwände der Radikalen zurück, indem sie erklären: "Jeder Einwand gegen die Aufstellung solcher Teilforderungen, jede Anklage des Reformismus wegen dieser Teilkämpfe ist ein Ausfluß der Unfähigkeit, die lebendigen Bedingungen der revolutionären Aktion zu erfassen."

Leider hat die KPD, die praktischen Forderungen aus dieser treffenden Beweisführung nicht gezogen. Den Kampf um die nächsten Ziele überließ sie den freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, bei sie bildmässigerweise zu jeder Zeit sabotierte, während sie sich auf das hohe Ross der Kritik setzte und alle Ergebnisse der sozialdemokratisch-freigewerkschaftlichen Maßnahmen herabzuwürdigen und in Mißkredit zu bringen versuchte, selbst aber für die Arbeitererschaft, zu keiner Zeit ihres Bestehens, auch nur den geringsten positiven Erfolg zu erringen vermochte.

Der sterile Radikalismus der KPD, mochte verhältnismäßig harmlos gewesen sein, solange der Bestand der demokratischen Verhältnisse sich nicht geändert, die Position der Arbeitererschaft gefestigt war. Mit dem Augenblick indes, wo die erstarkenden Kräfte der Reaktion die Machtmittel des Staates — mit Aussicht auf Erfolg — an sich zu reißen versuchten, wurde der übersteigerte Radikalismus der Kommunisten zum schlimmsten Klassenverrat. Nun war die Verteidigung der Demokratie, die trotz aller Unzulänglichkeiten und Halbheiten der Arbeitererschaft wesentliche Rechte und Freiheiten garantiert, zur brennendsten Gegenwartsaufgabe geworden. Oder ist es nicht zu begreifen, daß der politische Zustand jener Zeit, wo die gesetzgebenden Organe des Staates noch nicht von den sozialistisch-kommunistischen Gegnern der Demokratie lahmgelegt waren, den Interessen der Arbeitererschaft weit mehr entsprach, als die Willkürherrschaft der heutigen feudalkapitalistischen Machthaber, für die offenbar die Lebensnotwendigkeiten der werktätigen Volksmassen überhaupt nicht existieren?

Trotzdem führte die Kommunistische Partei, in gemeinsamer Front mit dem faschistischen Klassengegner, ihren utopisch-radikalen Kampf wider Republik und Verfassung fort, obwohl sie erkennen mußte, daß der Sturz der Demokratie nicht der Arbeitererschaft, wohl aber allein der Reaktion nützen würde. So wurde die kommunistische Bewegung zum Geburtshelfer des sozialreaktionären Papen-kabinetts. Robert Bauer (Berlin).

Korrespondenzen

Borna b. Leipzig. Unser Klebezirksversammlung am 2. Oktober im Großhause hatte einen guten Besuch zu verzeichnen. Unter Bekanntgabe der Tagesordnung eröffnete Kollege W e m e die Versammlung. Den ersten Punkt füllte unser G a u w o r t s t e h e r mit einem Vortrag über: "Kollege! Wie steht du ideell und materiell in der Notzeit zum Verband?" Er streifte die Vergangenheit unseres Verbandes mit seinen Unterstufungsanstaltungen und stellte in längerem Ausführungen die jetzige Notzeit gegenüber; er wies in diesem Zusammenhang auf die jetzige verworrene wirtschaftliche Lage und die Notwendigkeit einer geschlossenen und Solidarität übenden Kollegenchaft hin.

Mit dem Freiheitsgruß schloß er den Vortrag. Nach kurzer Aussprache und einigen Erläuterungen über die Notverordnungen wurden einige Bezirksangelegenheiten erörtert und u. a. beschlossen, die Klebezirksversammlungen nur noch abwechselnd in Borna und Großhause stattfinden zu lassen.

Dortmund. Unsere Versammlung am 2. Oktober war gut besucht. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Vorstehender K ö l l e berichtete über eine Entscheidung des Reichsschiedsrats in einer Infall-Angelegenheit, die sich auf den Hof der Arbeitsstätte ereignete. Die Firma wurde zur Zahlung der Differenz zwischen Krankengeld und Lohn nach den tariflichen Bestimmungen verurteilt. In etwa anderthalbstündigen Ausführungen unterzog darauf Kollege F r i e d r i c h s e n die wirtschafts- und sozialpolitischen Auswirkungen der Papenpolitik einer scharfen Kritik. Die Anturdelungspolitik bedeute Millionenelosen an die Unternehmer, während der Arbeitererschaft schwere Opfer aufgebürdet werden und ihr Lebensniveau empfindlich vermindert wird. Bei der Flüssigmachung und Entnahme derartiger hoher Summen aus dem Reichsschatz müsse unbedingt die Gewähr dafür vorhanden sein, daß die ausgeworfenen Beträge 100prozentig der Wirtschaftsunterstützung zugute kommen. Diese Gewähr sei bei dem Papenplan nicht vorhanden, er sei vielmehr in dieser Richtung vollkommen unsicher. Niemand vermöge zu sagen, ob wir am Ende dieser schweren Krise anlangt sind. Daher auch der Appell Papens an das private Unternehmertum. Diefelben Unternehmer, die in der Vergangenheit durch Kapitalfressereien und falsche Investitionsmaßnahmen nicht gerade ihre Eignung zur Wirtschaftsführung bezeugt haben. Die Stilllegungen moderner Sechsenanlagen im Ruhrrevier, neuer Fabriken und dergleichen bedeuten Verschwendung von Millionenwerten, sie beweiseln aber auch, daß ein Ausbau des Produktionsapparates nicht erforderlich ist in einer Zeit, wo dieser nur zu etwa 54 Proz. ausgenutzt wird. Aber die Methoden der privatwirtschaftlichen Führung konnte der Referent aus seiner kommunalen Tätigkeit einige interessante Beispiele anführen. Als sichere Auswirkungen des Papenplans bezeichnete er den Einbruch in das Tarifrecht, die Senkung der Löhne und die Ausgabe von 1,5 Milliarden Steuerzuschüssen. Die letztere Maßnahme birgt zugleich die Gefahr in sich, daß die Kommunen und das Reich in fünf Jahren, wenn die Steuerzahler ihre Gültigkeit präsentieren, nicht mehr bares Geld bekommen. Wenn inzwischen keine Wirtschaftsbelebung einträte, bedeute das die Bankrotterklärung zahlreicher Kommunen und Länder. Außenpolitisch seien wir auf dem besten Weg, uns die ganze Welt zum Feind zu machen. Beispielsweise haben wir schon heute in Dänemark den Markt an England verloren. Deutscher Zement wird nach Holland billig geliefert, während im Inland der Preis durch Monopole hochgehalten wird. Das bildet wiederum den Anlaß für holländische Zementfabrikanzen zur Einführung nach Deutschland. Papens Absicht ist, die Gewerkschaften zu zerkleinern. Darauf deuten bereits Pressenmeldungen hin. In dieser Beziehung gibde der gegenwärtige Reichsschiedsrat, die Spinnung der industriellen Kreise. Die Arbeitererschaft und ihre parlamentarische Vertretung haben die Gefahr erkannt und setzen best. Ansturm gewöhnen. Allen reaktionären Bestrebungen gegenüber verfechten sie ihr Ziel auf organische Umgestaltung der Wirtschaft. Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen. In der anschließenden Aussprache wurde betont, daß der demokratische Gedanke allein die bisherigen Erfolge nicht festzuhalten vermocht habe. Es komme darauf an, daß die notwendige Untermauerung im Aufbau des Staates durchgreifend von uns getroffen werde, um unliebsame Überraschungen wie jetzt zu vermeiden. Die Arbeitererschaft müsse sich ihrer Macht bewußt sein und habe auch in ihren eigenen Reihen genügend Intelligenzen, um die Führung in sozialistischen Staat zu übernehmen. Das brutale Vorgehen der Reaktion zwinge die deutsche Arbeitererschaft, ihre Mittel des Kampfes den Methoden des Gegners anzupassen. Die Annahme einer längeren Entscheidung wurde abgelehnt.

P. l. E. Röh. Es ist schade, daß die so notwendige Aufklärung in diesen und gerade heute so stark interessierenden Fragen nicht einem größeren Kollegenkreis in unserer Versammlung am 8. Oktober zuteil geworden ist. Vorstehender J a n s e n gedachte zuerst in einem ehrenben Nachruf an zwei verstorbener Kollegen. Unter "Geschäftlichem" dürfte die Mitteilung für uns Arbeitslosen von Interesse sein, daß sie, falls sie es wünschen, von der Ortsverwaltung den "Korr." bestellt bekommen, um ihnen auch hiermit unworthergesehene Befragungen abzunehmen. Die losstehenden Unterrichtsstunden (Schriftschreiben und Stizzeieren, Berechnung von Druckfaden, französischer Sprachunterricht) haben auch in diesem Jahr bei den arbeitslosen Kollegen regen Zupruß gefunden. Zustimmung fand der Vorschlag des Vorstandes, die Jubilarehrung im kommenden Jahr mit dem Johannisfest zu verbinden. Ein Thema, das alle Merkmale unserer so gefährdrohenden und zerrissenen Zeit trägt und besten Auswirkungen nach wie vor nachdenklich stimmen läßt: "Arbeitsfürsorge — Freiwilliger Arbeitsdienst", behandelte unser D e p e r n e t und Berater in Wohnfahrtsangelegenheiten, Stadtverordneter Kollege K a n e n b e r g. Er gab in wofürdachtenden Ausführungen einen Einblick in den auch von der Regierung geförderten und unterstützten freiwilligen Arbeitsdienst, beleuchtete besonders die Pflicht und die Notwendigkeit der freien Gewerkschaften, dieses notwendige Feld nicht allein den andern zu überlassen, und stützte die Maßnahmen auf, um den gegebenen Verhältnissen in der von uns gewünschten Form Rechnung zu tragen. Mit von der Partei zu sein, wo es hieße, Vorteile für uns herauszuschlagen und Nachteile für die uns nahestehende Arbeitererschaft zu mildern, sei immer besser, als großend absteifen zu stehen. Der Vortrag wurde von der Versammlung anerkennend und mit Beifall aufgenommen. Kollege D o b r i t z, der als Gegner des freiwilligen Arbeitsdienstes seine Ausführungen machte, sieht in ihm die Falschifizierung von Deutschland; er empfahl, gerade die jungen Menschen durch intensive Aufklärung auf die Gefahren aufmerksam zu machen. Kollege K a n e n b e r g konnte zum Schluß an einem praktischen Beispiel nachweisen, wie der A. W. B. schon Vorteile für die im freiwilligen Arbeitsdienst Beschäftigten herausgeholt hat. Eine für die durch den

Ausgang des Düsseldorf Streiks auf der Straße Geschiebenen beantragte Unterfückung löste eine längere sachliche Debatte aus. G a u w o r t s t e h e r z u n e r z i c h t e die Kollegen von dem Abschluß des Düsseldorf Konflikt, woraus leider die Wahrheit wieder abgeleitet werden konnte, daß man sich nur durch bitteren Anschauungsunterricht belehren lassen muß. Die Kollegen D e r f e n, K l e i n und K u h s a h e n die Verbesserung der Lage der Kollegen nur in einem Herumwerfen des Steuers der Führer. Ausbrüche, wie in Düsseldorf, seien Barometer der Unzufriedenheit. Als Widerspruch Debatte über die Notverordnungen der Papenregierung fand in vorgedachter Stunde nachstehende Entscheidung einstimmig Annahme: "Die Maßnahmen der Regierung v. Papen, durch Experimente eine Belebung der Wirtschaft herbeizuwandern, dürfte heute schon als Fehlschlag bezeichnet werden. Auf Kosten des vielfach unter das Existenzminimum gelangenen Einkommens der arbeitenden Massen werden durch Subventionen und Steuerergüsse die Kapitalisten aller Schattierungen bedacht. Ein Lohn auch für unreife Jungmänner und darbenenden arbeitslosen Volksgenossen. Der Durchführung der Tarife und der letzten auf ein Greitverbot hinauslaufenden Anordnung des Reichsarbeitsministers liegen die Absicht zugrunde, die von den Kapitalisten so gehaltenen Gewerkschaften in ihrem Lebensnerv zu treffen. Diese Maßnahmen tragen bestimmt nicht dazu bei, den von der Regierung so nett geforderten, aber nur für die Arbeiter gedachten Gemeinheits- und Opfer Sinn im Interesse der Anturdelung der Wirtschaft schmälert zu machen. Das Stillhalten hat seine Grenze längst erreicht. Die Verarmung fordert zum schärfsten Kampf gegen diese Brutalitäten auf."

Börsch. Zu unser am 25. September am Borort Börsch abgehaltenen B e z i r k s v e r s a m l u n g hatten sich die Kollegen zahlreich eingefunden. Stellvertreter Bezirksvorstehender B u d e begrüßte insbesondere den zum erstenmal unter uns weilenden G a u w o r t s t e h e r W i l h e l m R e i b e l (Freiburg) wie auch die anwesenden Gäste, Kollege T h u l l und P ö f f i n g e r vom Sektionsvorstand der "Typographia" Basel, den Bezirksvorsitzenden S c h e e r e r (Freiburg), den Kollegen Grummelpacher, Bezirksvorsitzenden aus Lahr, wie auch den Kassierer der Gauvereinigung der Handwerker Börsch (Freiburg). Diese Kollegen waren erschienen, um am Nachmittags mit den Kollegen Börschs den vierzigsten Geburtstag des Ortsvereins Börsch zu feiern. Für den als Bezirksvorsteher auscheidenden Kollegen C e r f f wurde Kollege B u d e einstimmig gewählt. Der Gewählte dankte den Kollegen C e r f f für seine siebenjährige treue Pflichterfüllung als Vorsitzender des Bezirksvereins Börsch. In einem einständigen ausgezeichneten Referat "Der Arbeitnehmer in Staat und Wirtschaft" vertrat er sodann Kollege K e i b e l, sich bei den oberbaldigen Kollegen einzuführen. Es würde zu weit gehen, auch nur Einzelheiten aus dem Referat hier anzuführen. Scharf rechnete Kollege R e i b e l mit der Reaktion von rechts, wie auch mit der September-Notverordnung Papens ab. Keiner Beifall wurde ihm für seine tiefgründigen Ausführungen gezollt. Angenommen wurde ein Antrag, für die arbeitslosen Kollegen des Bezirks im Monat November in sämtlichen Kreisen eine Sammelliste auszuliegen und die eingehenden Gelder zu Weisungen an diese Kollegen zu verteilen. Ein zweiter Antrag, der sich mit den gänzlich ausgekauerten Kollegen befaßt, wurde nach längerer Debatte gegen zwei Stimmen ebenfalls angenommen und an den Verbandsvorstand weitergeleitet. Inzwischen erschienen die Einzelnen Ortsvorstände Bericht über die Lage in ihren Druorten. Kurzarbeit, Lehrlingsausnützung und Personalabbau waren die Merkmale ihrer Verhältnisse. In einigen Fällen wurde auch verlangt, den Tarif zu "umfließen", was aber der Aufmerksamkeit der davon Betroffenen nicht entging. Wenn es ein Prinzipal im Bezirk fertig brachte, seinen Lehrling den schönen Passus in den Lehrvertrag zu schmuggeln, daß er der Lehrlingsabteilung nicht angehören dürfe, so mag er nun, nachdem der Lehrling den Lehrvertrag geschlossen und in die Lehrlingsorganisation eintrat, ruhig liegen. Die Lehre, die er daraus zu ziehen hat, wird nicht ausbleiben.

Mannheim. In unser B e z i r k s v e r s a m l u n g am 1. Oktober wurde dem verstorbenen Kollegen W r m e i n e r ein ehrenben Nachruf gewidmet. Vereinzelt wurde bemängelt, daß man die Papennotverordnung nicht als Punkt auf die Tagesordnung gesetzt hätte. Der Vorhänger erwiderte, daß diese Angelegenheit noch nicht entsprechend spruchreif für uns gewesen wäre, es nicht am schlechtesten Willen des Vorstandes gelegen hätte, wenn dieselbe nicht auf der Tagesordnung erschienen ist. Unter "Verhiebendem" wäre ja Gelegenheit, sich dazu zu äußern. Angenommen wurde ein Antrag, eine Vertrauensmännerversammlung einzuberufen mit der Tagesordnung: "Die Notverordnung vom 5. September und deren Durchführungsverordnung vom 14. September 1932." Das Referat hierzu übernahm Kollege C o n r a d i. Als Erweiterung hierzu wurde noch beschlossen, daß außer Vertrauensleuten, Betriebsräten und Spartenfunktionären auch alle andern sich dafür interessierenden Kollegen Zutritt hätten. Zur Aufnahme gelangten zwei Kollegen. Unter "Geschäftlichem" führte der Vorhänger aus, daß sich allerhand ereignet hätte und die Prinzipale Morgenluft wittern, indem sie da und dort verlustig, die Leistungsanfragen abzubauen. Ein Kollege, der sich bei den Nazis betätigte, wurde aus der Mitgliedsliste gestrichen. Die Druckerei K o h, die plette ging und die beiden Lehrlinge entließ, wurde wegen Nichterfüllung des Lehrvertrages zur Entschädigung von 400 M. an die Lehrlinge verurteilt. Die Firma legte dagegen Berufung ein. Der Rassenbericht lag gedruckt vor. Der beantragten Entlastung des Kassierers wurde stattgegeben. Der Bericht der Bibliothek zeigte, daß sich das Lesebüchlein in aufsteigender Linie befindet. Es wurden 5159 Bände entliehen, das ist ein Mehr von 1362 gegenüber dem Vorjahr. Für Neuanfassungen und Reparaturen wurde auch im Bezirksverein ausgegeben. Einmalige Leser, die nicht wissen, wann die Lesefrist zu Ende ist, gab es auch in diesem Jahr, auch die Behandlung der Bücher läßt zu wünschen übrig. Unter "Verhiebendem" verwies Kollege E n s e l d e r auf die Verbemöde der Handwerkerpartei, die verfallenden Veranlassungen zur Kenntnis bringend. Kollege M a z s c h m i d t erwiderte, sich am Anfängerkursus für Esperanto zu beteiligen, dessen Bedeutung unterstreichend.

Nach einer kurzen Pause wurde anschließend an die Versammlung die Ehreung des Kollegen **Beert** für 50jährige Verbandsmitgliedschaft vorgenommen. Der Vorsitzende führte aus, daß er im Prinzip kein Freund von Feiern und Festen sei, doch Ehre, dem Ehre gebührt. 50 Jahre seien mehr als ein Menschenalter, während dessen der Jubilar dem Verband Treue bewahrte. Er feierte den Jubilar als Buchdrucker vom alten Schrot und Korn, der 1888 auf die Waise vom Ungarland ausging, sich verschiedentlich in deutschen Gauen umgah, bis er in Mannheim festen Fuß faßte, als gutes Beispiel den jüngeren Kollegen empfehlend, unter Überredung eines Gehelns des Bezirks. Im Namen des Gauvorstandes begrüßte Kollege **Maß** **Schmidt** in ebenfals herzlichen Worten den Jubilar, ihm das Gehelt des Verbandsvorstandes überreichend. Umrahmt wurde die Feier durch einige Chöre, die unsre sich allzeit in den Dienst der Sache stellende „Typographia“ vortrug. Als erfreulich war zu konstatieren, daß viele junge Kollegen an der Versammlung teilnahmen.

Münster (Westf.). Inre Bezirksversammlung am 2. Oktober hatte sich eines außerordentlich guten Besuchs zu erfreuen. Als Referent zu dieser Versammlung war es gelungen, unsern zweiten Gauvorsteher **Sette**, der sich sehr schnell die Sympathie des hiesigen Bezirks erobert hat, zu gewinnen. Nach Erledigung des geschäftlichen Teils, in dem auch des verstorbenen langjährigen Funktionärs, Kollegen **Koge** (Nengerich), ehrend gedacht und dem Kassierer für prompte Kassenführung Entlastung erteilt wurde, nahm Kollege **Sette** das Wort zu seinem Vortrag „Die Gewerkschaften im Tageskampf“. In einem anderthalbstündigen Vortrag verstand es der Referent, die Gefahren der Papennotverordnung und ihre Abwehrmöglichkeiten in leichtverständlicher Weise klarzulegen. Er beschäftigte sich zuerst mit Hülfe und seinen getreuen Germanen, die es mit ihrem großen Gehalt fertig gebracht haben, daß auch einige Köpfe aus unsern Reihen schon auf das „Dritte Reich“ hoffen und in „weiser Vorsicht“ mit den Beiträgen im Rückstand blieben. Jetzt aber, nachdem sie sehen, was Hülfe als Steigbügelhalter der Papenregierung angerichtet hat, sich eifrig bemühen, ihre schon ganz ansehnlichen Reste zu begleichen. Papen habe seine Ministerische Programmrede in vollem Umfang in die Tat umgesetzt. Seine Notverordnung ermöglicht es ihm, alles zu tun, ohne auch nur einen Menschen danach zu fragen. In einigen Beispielen zeigte der Referent, wie man versucht, die Notverordnung auszulügen und wie es möglich ist, diese abzuwehren. Aufgabe aller Gewerkschaftsmittglieder muß es sein, den bestmöglichen Widerstand entgegenzusetzen. Seine von der Versammlung mit großer Aufmerksamkeit verfolgten Ausführungen klangen darin aus: „Nicht den Mut verlieren und nicht verzweifeln, dann wird der Endsieg doch unser sein. Alles kann verzagt werden, aber nicht wir, das schaffende Volk.“ Langanhaltender Beifall lohnte den Referenten für seinen auf hohem Niveau stehenden Vortrag. Die nun folgende Erhebung einer stattlichen Anzahl Jubilare eröffnete der Vortragende „Typographia“ mit dem Chor „So war die Welt“. Hierauf ergriß abermals Kollege **Sette** das Wort zu einer kurzen, aber inhaltsreichen Rede. Nach dem Vortrag einiger Wieder durch unsern Kollegenbeisitzer, **Maß** **Schmidt**, fand die sehr harmonisch verlaufene Versammlung ihr Ende.

Münster-Güters. Inre außerordentliche Versammlung vom 1. Oktober eröffnete Vorsitzender **Hans Groß** mit einer Ehreung verstorbenen Kollegen, die viele Jahre Mitglied unserer Organisation waren. Hierauf erhielt Reichstagsabgeordneter **Hans Dill** das Wort zu seinem Referat. Mit den Worten: „Werbe und Werk, damit die Schlagkraft der Arbeiterklasse erhalten bleibt“, begann der Redner seine Ausführungen; dann schilderte er uns, wie manche Behörden es verstehen, der Arbeiterschaft die nötige Aufsicht über den Faschismus zu versagen, wobei er auf das Redeverbot, das über den italienischen Genossen Dolan verhängt wurde, hinwies, der in seinen Ausführungen die Gewalttaten des Faschismus in Italien mit denen in Deutschland verglich und in Deutschland die Arbeiterschaft davor warnte, damit sie nicht denselben Schicksalen ausgesetzt werde wie unsere italienischen Genossen, denn hat die Arbeiterschaft keine Rechte mehr, dann hat sie auch kein Brot. In längeren Ausführungen stellte der Referent fest, wie es so weit kommen konnte und betonte, daß nur infolge der Uneinigkeit der arbeitenden Klasse heute eine Regierung Papen im Sattel sitzt. Leider habe die Arbeiterschaft nicht erkannt, daß kapitalistisches Geld ihre Reihen zerpfirrt und uneinig macht. Der Referent stellte weiter fest, daß die arbeitende Klasse Körper genug hätte, die heute den Reichspräsidentenposten einnehmen könnten, und daß man nicht einen Adolf Hitler oder gar einen von Ruhland vorgeschobenen Kandidaten die Stimme zu geben gedraugt hätte. Deutschland lasse sich eben nur von deutschen Grundbesitzern aus regieren. Die Notverordnungen der Regierung Papen sowie deren Wirtschaftsunterbrechung seien nicht zuletzt geschaffen, um die Gewerkschaften zu erschlagen, darum keine Stimme bei den kommenden Wahlen den Nationalsozialisten oder den Kommunisten. Nur so fällt die Regierung Papen. Erfreulicherweise ist die Solidarität bei den organisierten Arbeitern noch so groß, daß sie versteht, das Schwerste von sich abzuwenden. Ausführungen über die deutsche Handelspolitik und das Ausland waren für die versammelten Kollegen von sehr großem Interesse. Dann sprach der Referent über das Wirtschaftsprogramm der Sozialdemokratie und sagte es in den Worten zusammen: „An Stelle des Profitinteresses muß das Lebensinteresse des gesamten Volkes gestellt werden, nur Staatskapitalismus unter der Herrschaft der Demokratie führt zum Sozialismus. Lebhafter Beifall erteilte die Ausführungen des Referenten. Kollege **Waldmüller** gab den Kassenbericht über das zweite Quartal. Zur Finanzierung einer Weihnachtunterstützung an unsere Arbeitslosen wird der Ortsbeitrag um 10 Pf. erhöht. Weiter „Mittelungen“ gab Kollege **Grosch** bekannt, daß die Belegschaft der Firma Stadlauder & Danter die Tariflohnverletzung der Papennotverordnung durch Streit abgewehrt hat. Nach einigen internen Angelegenheiten fand die gut besuchte Versammlung ihren Abschluß.

Nürnberg. Inre Versammlung (Handwerker.) Inre Referat am 1. Oktober war verhältnismäßig gut besucht. Nach Erledigung der Eingänge referierte der

Vorsitzende über: „Praktische Ratsschlüsse für die Handwerker“, nach einer Vortragsdisposition herausgegeben von der Zentralkommission. Dieser auf zu Gehör gebrachte und inhaltlich sehr interessante Vortrag wurde von den Kollegen dankbar aufgenommen. Das bewies der reiche Beifall. Sodann gab der Kassierer die Abrechnung vom dritten Quartal, wofür ihm Entlastung erteilt wurde. Beim Punkt „Geldbewilligung“ wurde einstimmig beschlossen, dem Ortsverein zur Unterfertigung seiner Arbeitslosen zu Weihnachten 25 M. zu überweisen. Diese Summe ist, wenn man bedenkt, daß von 35 Mitgliedern 17, also 50 Proz., arbeitslos sind, eine hohe zu nennen. „Erlöse Angelegenheiten“ bildeten den nächsten Punkt der Tagesordnung. Hierzu gab der Vorsitzende bekannt, daß die „Wilhelmshavener Zeitung“ einem Handwerker kündigte, zugleich aber einem Maschinenleiter bedeutete, er sei von dem Tage ab Halbschichtarbeiter. Da dies nach einem Reichsschiedsamturteil unzulässig ist, erwartet der Vorstand eine entsprechende Gegenwehr des Kollegen, zumal die Belegschaft der Druckerei in dem Mäander einen vertarneten Lohnabbau sieht, da die Geschäftsleitung den Kollegen weiterbeschäftigen will, wenn die gesamte Belegschaft sich einen Lohnabbau gefallen lassen will. Dieses Vorwommnis bildete den Stoff zu einer langen, sehr interessanten Aussprache. Mit der Erledigung einiger interner Angelegenheiten fand die Versammlung ihren Abschluß.

Allgemeine Rundschau

Zur Beschlagnahme von Sek- und Druckmaschinen. Zu diesem durch eine Reihe von beschwerlichen Beschlagnahmen von Sek- und Druckmaschinen in Berlin, Bremen, Magdeburg und anderen Orten aktuell gewordenen Thema brachte die „Völkische Zeitung“ vom 20. Oktober einen interessanten Beitrag, in dem auf die Konsequenzen dieser gefährlichen Eingriffe in das Pressegesetz hingewiesen wurde. Es heißt darüber: Als man im Oktober vorigen Jahres beim Studium der großen Brünningsden Notverordnung in der Übersetzung ihrer Vorschriften neue schwere Einschränkungen der Pressefreiheit entdeckte, da fand die den Behörden hier erteilte Vollmacht, auch Druckmaschinen fortzunehmen, als bald scharfe Kritik. Diese Kritik hat mit irgendetwas parteipolitischen Färbung nichts zu tun. Sie gründet sich allein auf rechtliche und auf wirtschaftliche Erwägungen. Nach den Vorschriften der Notverordnung können nämlich Druckmaschinen beschlagnahmt werden, wenn sie zur Verhinderung einer Zuwiderhandlung geeignet sind, ganz ohne Rücksicht darauf, wem diese Druckmaschinen gehören. Zeitungen, die im Lohndruck hergestellt werden, können also ihrer Druckeri schwerste Schädigung bringen, ohne daß der Drucker auch nur das geringste tun kann, um diese Schädigung abzuwehren. Ein Jahr lang hat man die gefährliche Vollmacht ungenutzt gelassen. Jetzt sind in rascher Folge mehrere Fälle derartiger Beschlagnahmen von Rotationsmaschinen bekannt geworden. Damit wird ein äußerst bedenklicher Weg beschritten. Der privatkapitalistische Aufbau unserer Wirtschaft und die entsprechenden Gliederung unseres Rechtssystems sind mit einem Eingreifen gegen die Presse nicht zu vereinbaren. Diese Beschlagnahme von kapitalistisch betriebenen Druckmaschinen ist gefährlich, aber nicht überflüssig. Die Pressefreiheit ist ohnehin durch die in den letzten Jahren ergangenen Verordnungen stärker eingeschränkt als je seit 1918. Eine Regierung, die mit diesen Vorschriften nicht auskommen vermag, wird mit der Beschlagnahme von Druckmaschinen auch nicht weiterkommen. Staatliche Subventionierung von Zeitungen wirkt entsetzlich, auf diese Art eine staatliche Ruinierung zu erzielen, wäre nicht minder torpormierend.

Presseverfolgungen in Polen. Eine neue Welle von Presseverfolgungen ergießt sich gegenwärtig über Polen. Ähnlich wie in Sowjetrußland oder Italien wird jede, auch die leiseste Äußerung, die einer Kritik der Regierungspolitik ähnlich sieht, unterdrückt; uneingeschränkte Pressefreiheit genießen nur noch die unpolitischen oder die Blätter, die mit der Regierung durch die und billen gehen; eine Opposition in der Presse ist nicht mehr möglich, sie wird mit allen Mitteln unterdrückt und mundtot gemacht. Beschlagnahmen von Zeitungen, Schließung von Druckereien, Säusnahmen in den Redaktionen, Verhaftung der Redakteure usw. sind an der Tagesordnung. Obwohl sich die Unterdrückungsmaßnahmen auf das ganze Gebiet der Republik erstrecken, werden doch die westlichen, vom Reich abgetrennten Provinzen am schwersten von ihnen betroffen, und ganz besonders ist es hier die deutsche Presse, die nicht nur unter den bestbrütenden Pressalien zu leiden hat, sondern sich auch der fortwährenden Angriffe der polnischen Presse zu erwehren hat. Vor dem Rationierer Gericht fanden an einem Tag allein drei Prozesse gegen die „Kattowitzer Zeitung“, drei Prozesse gegen den „Ober-schlesischen Kurier“, ferner weitere Prozesse gegen den „Völkischen Willen“, die „Polonia“, das „7-Groschen-Blatt“, dem „Kurier Słonski“ fahrt; sie endeten entweder mit Verurteilungen zu Geldstrafen oder teilweise auch mit Freisprechung oder Vertagung. In Polen wurde der Redakteur des „Posener Tageblattes“ zu 500 Zloty Geldstrafe verurteilt, weil er die Rede des Wertheimers eines wegen Meineides angeklagten Bürgermeisters abgedruckt hatte, in der er sagte, daß ein Bürgermeister nicht verurteilt werden dürfe, auch wenn er schuldig sei, da hierdurch die Staatsautorität gefährdet werde. Das Gericht erkannte an, daß der Redakteur die Wahrheit geschrieben habe; es könne aber beim unbefangenen Leser der Eindruck erweckt werden, als solle das Gericht und damit eine Staatseinrichtung verächtlich gemacht werden. Das genannte Blatt wurde zweimal hintereinander beschlagnahmt, was wieder neue Prozesse zur Folge hat. In den Redaktionsräumen, den Verhandlungen sowie den Privatwohnungen der Redakteure des „Goniec Pomorski“ und des „Piekarz“ in Wępień im früheren Westpreußen fanden Durchsuchungen statt. Die Redakteure der beiden Blätter wurden verhaftet und nach Warschau geschickt. — Eine neugegründete Zeitung in Lodz, das „Pismo Corliczyne“, brachte es auf 15 Nummern. Nachdem allein acht davon der Beschlagnahme verfielen, mußte sie ihr Erscheinen wieder einstellen, da sie ruiniert war, noch ehe sie recht zum Leben erwachte. Das sind nur einzelne Fälle vom polnischen Zeitungs-kriegschauplatz innerhalb weniger Tage.

Die Verkrüftung der amerikanischen Presse. Der Berner „Bund“ brachte vor kurzem interessante Angaben über die Verkrüftung im Zeitungsgewerbe der Vereinigten Staaten. Danach begann die Konzentration im amerikanischen Pressewesen schon vor dem Weltkrieg; sie entwickelte sich aber seit 1921 besonders lebhaft. Die Zahl der Zeitungs-trucks, der sogenannten Zeitungssetten, ist in den letzten zehn Jahren von 31 auf 52 gestiegen; die Zahl der von diesen Unternehmungen kontrollierten Tageszeitungen seit 1924 von 153 auf 298 (7 Morgen, 226 Abendblätter). Von den täglich in Amerika verkauften 40 Millionen Zeitungs-exemplaren entfallen 15,8 Millionen auf die Zeitungs-setten, das sind 40 Proz., gegen 30,5 Proz. im Jahr 1924. Auf dem Gebiet der Sonntagzeitungen ist die Bedeutung der Zeitungssetten noch etwas größer; 50 Proz. der verkauften Exemplare entfallen auf verkrüftete Sonntagsblätter. Die größte aller amerikanischen Zeitungssetten ist die von William Randolph Hearst, die 25 Tageszeitungen (Sonntags 5,2 Millionen) umfaßt. Der zweitgrößte Zeitungs Konzern, Scripps-Howard, umfaßt ebenfalls 25 Tageszeitungen und 7 Sonntagzeitungen, die Gesamt-ausgabe beträgt jedoch nur 2,2 Millionen täglich. Sehr bedeutend ist ferner der Patterson-McCormick-Truist, der zwar nur wenige Zeitungen („Chicago-Tribune“, „Detroit-Daily Mirror“, „New-York-Daily News“) umfaßt, aber durch die beträchtliche Auflage dieser Blätter — insgesamt 2.156.000 — verhältnismäßig großen Einfluß hat. Wichtige Zeitungskonzerne sind ferner die von Frank Ernest Gannett (17 Tageszeitungen in den Staaten New York, New Jersey und Connecticut), von Paul Block (7 Tageszeitungen im Osten der USA), von Kohnsman-Curtis („Evening Post“ in New York und 3 Tageszeitungen in Philadelphia), MacFadden („Evening Graphic“, 8 andere Tageszeitungen und 13 Magazine) sowie von Ridder Brothers (11 Tageszeitungen, darunter die beiden deutschen „New Yorker Staatszeitung“ und „Abend-Herold“). Die Gründung der einzelnen Zeitungssetten ist durchaus nicht immer bloß von Gewinnwillen, sondern häufig auch von politischem Ehrgeiz veranlaßt. In besonderer Maß ist letzteres bei Hearst der Fall. Die Eigentümer der Zeitungstrucks üben bestimmenden Einfluß auf die Redaktionsführung. Es ist üblich, daß die Eigentümer für die Befandlung der innen- und außenpolitischen Fragen genaue Richtlinien geben. Nicht einmal die Chefredakteure dürfen eine eigene Meinung haben. Bei dieser Gelegenheit sei noch mitgeteilt, daß die New Yorker „Volkzeitung“, das einzige politische Arbeiterblatt in den Vereinigten Staaten, das in deutscher Sprache herauskam, infolge finanzieller Schwierigkeiten ihr Erscheinen einstellen mußte. Die „Volkzeitung“ war im Jahr 1878 gegründet worden.

Zur Weltwirtschaftskrise. Ein Deutscher, der vor Jahren nach Argentinien auswanderte und in Mendoza, der Hauptstadt der gleichnamigen Provinz, tätig ist, schrieb Ende September in einem längeren Brief an einen Berliner Kollegen u. a. folgendes: „Die wirtschaftliche Lage ist hier keineswegs rosig, der Verdienst liegt sehr zurückgegangen, man hat aber immer noch zu essen und hofft auf bessere Zeiten. Groß bin ich, bezirkt auszuwandern zu sein und in ein paar Jahren in Deutschland zu arbeiten, und brotlos herumzulaufen. Mir tut das deutsche Volk leid, das, noch nicht genug am Weltkrieg, von der jetzt am Ruder tätigen Regierung bestimmt irrefühler wird. Es ist sicher mit einer Schuld der politischen Vertretung der deutschen Arbeiterschaft, daß sie damals nicht energisch genug vorgegangen ist. Wäre dies der Fall gewesen, wie es beispielsweise die Spanier in der neuen Republik machen, das deutsche Volk stände besser da. Nicht zu verstehen ist es hier, daß ein großer Teil des deutschen Volkes den Pfaffen eines Hülfe Glauben schenkt und daß die Arbeiter im allgemeinen so uneinig sind. Ist es denn gar nicht möglich, hierin eine Einigkeit zu erzielen? Ich hoffe für Euch drüben immer noch das Beste und mit mir auch andre hier ansässige Deutsche. Daß das Geschäftsleben auch hier sehr zu wünschen läßt, kannst Du Dir denken und wirst Du gewiß auch in dortigen Zeitungen gelesen haben. Auch hier ist der Kurs des Geldes stehend. Den Sparern, die in der Not eine Summe Geldes abheben oder aber in das Ausland senden wollen, sind auch hier Schranken gesetzt; wie bei Euch. Es ist auch hier eine bestimmte Summe Geldes festgelegt, die der Sparer monatlich abheben kann. Jedenfalls ist es hier in mehrfacher Beziehung doch besser bestellt als in Deutschland. Hier gilt auch noch ein freies Wort! Ich schließe mit dem Wort für Euch, das auch für die bevorstehenden Wahlen maßgebend sein mag: Freiheit!“

Sprachkurs für Erwerbslose in Berlin. Anfang November beginnen in der Sprachschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins neue Anlaufkurse für Teilnehmer ohne Vorkenntnisse in folgenden Sprachen: Englisch, Französisch und Russisch. Für Teilnehmer mit Vorkenntnissen laufen besondere Mittel- und Oberkurse. Gleichzeitg beginnt ein Kursus für „Einheitsnomenographie“ sowie „Mittiges Deutsch“. Dieser Kursus wird behandelt: Mühlische und schriftliche Übungen in Rechtschreibung, Sprachlehre und Satzzeichenkunde; Fremdwortkunde, „mir oder nicht“, grammatische Schwierigkeiten, Satzlehre, Unterfertigung von Aufträgen usw. Zur Defung der Ankosten wird für einen Kursus ein Beitrag von 5 M. erhoben, Berufstätige zahlen 9 M. Die Beschriftet werden in allen Kursen unentgeltlich geliefert. Anmeldungen (schriftlich oder persönlich) in der Geschäftsstelle der Sprachschule: Berlin N 24, Friedrichstraße 134 (nahe S- und U-Bahn Friedrichstraße). Das Schulbüro ist werktäglich außer Sonnabends von 2 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends geöffnet.

Zum Bildung der Rundfunkhörerzahl. Die Zahl der Rundfunkteilnehmer in Deutschland betrug am 1. Oktober 4.077.347, gegen 4.119.531 am 1. Juli. Sie ist demnach in dem Vierteljahr Juli/September um 42.184 oder 1 Proz. zurückgegangen. Von diesen Bildungen entfallen auf den Monat Juli 38.379 und August 4782 Teilnehmer, während der September bereits wieder einen Zugang von 957 Teilnehmern brachte. Die Zahl der Anmeldungen war in Gegenden mit mehr landwirtschaftlichem Charakter am geringsten, am größten in den Industriegegenden, also da, wo auch die wirtschaftliche Not am stärksten aus-wirkt.

